

nungen mit den älteren Ordensmitgliedern. Mehr denn je sei es angebracht, die Kenntnisse und Erfahrungen der Missionare hier in Europa bei der Betreuung und den Kontakten mit Menschen aus der Dritten Welt einzusetzen. Ein gewisser Auftrag gehe nun einmal unweigerlich zu Ende. Wir sollten dies respektieren und uns freuen wie der Sportler, „der völlig ausgelaugt die Ziellinie erreicht, müde, aber glücklich“.

Päpstliche Mahnungen

Papst *Paul VI.*, dessen Pontifikat eine besondere Aufmerksamkeit gegenüber Afrika auszeichnet, hat in den vergangenen Wochen und Monaten verschiedentlich auf dieses Problem verwiesen und die afrikanischen Bischöfe ermahnt, sich dieser Frage gezielt anzunehmen. Anlässlich des zehnten Jahrestages seiner Botschaft an Afrika (*Africae Terrarum*) vom 29. Oktober 1967 hielt der Papst bei einer Audienz für die Bischöfe von Afrika und Madagaskar am 28. Oktober 1977 eine Ansprache (vgl. *Fides*, 29. 10. 77), in der er sowohl die Arbeit der Missionare hervorhob als auch auf die Notwendigkeit von mehr einheimischen Priestern verwies. Er meinte, auf internationaler Ebene könne man feststellen, daß sich die afrikanische Präsenz und die kulturelle Eigenart Afrikas immer mehr behaupteten. Auf kirchlicher Ebene weise die Übernahme des Bi-

schofsamtes und vieler anderer Aufgaben in der Kirche durch einheimische Priester auf dieselbe Entwicklung hin. Dies dürfe jedoch nicht dazu verleiten, die Rolle der Missionare und Missionsinstitute zu übersehen, „denen das Verdienst zugeschrieben werden muß, die Kirche eingepflanzt zu haben. Wir sind ihnen zutiefst zu Dank verpflichtet, denn sie haben gesät, was andere geerntet haben. Und es bedarf immer noch ihrer selbstlosen Mitarbeit. Tatsache bleibt jedoch, daß ihr, die afrikanischen Bischöfe, in führender Stellung seid, in den ersten Reihen steht, wo es um die christliche Bestimmung von ganz Afrika geht.“ Die Zukunft des christlichen Glaubens in Afrika werde weitgehend davon bestimmt sein, wie die Ausbildung derer ausfällt, die Priester oder Ordensleute werden: „Sie werden sozusagen die Seele eurer christlichen Gemeinschaften sein. Nach und nach werden sie jene ersetzen, die von auswärts kamen, um diesen unvergleichlichen Dienst zu leisten, oder sie werden mit ihnen zusammenarbeiten, denn jetzt seid ihr Afrikaner eure eigenen Missionare“, wie wir in Kampala zu euch sagten. Wir sehen auch mit Befriedigung die verheißungsvollen Zeichen, zum Beispiel die Eröffnung von neuen Seminaren oder Höheren Theologischen Instituten.“

Im Sinne dieser Worte des Papstes bemüht sich die Kirche in Afrika auf vielfältige Weise, der neuen Situation gerecht zu werden.

Aus einer Reihe von Ländern, so z. B. aus *Zaire*, wird ein kaum zu bewältigender Zugang zu den Seminaren gemeldet. In *Nigeria* wurde inzwischen ein eigenes Seminar zur Ausbildung von afrikanischen Missionaren gegründet, die von dort aus in andere afrikanische Länder entsandt werden sollen. Auf Laienvorsteher von Gemeinden nach dem Modell *Zaire* greift man mittlerweile auch in anderen Ländern Afrikas zurück. Neue Ausbildungspläne sollen den Zugang zu den Seminaren erleichtern und gleichzeitig eine praxisbezogenere Ausbildung garantieren. Die Zölibatsdiskussion scheint in den letzten Monaten unter besonderer Betonung der Authentizität und des kulturellen Erbes Afrikas verstärkt worden zu sein, weil man vielerorts überzeugt ist, daß dieses Problem für viele Afrikaner ein unüberwindliches Hindernis bei der Entscheidung für den Priesterberuf ist. Fast überall schließen sich die einheimischen Diözesanpriester zu nationalen Vereinigungen zusammen. Bei all diesen neuen Aktivitäten spielt sicherlich auch das Bemühen eine Rolle, nicht nur selbständig und unabhängig zu sein, sondern auch einen besseren Beitrag zur weiteren Entwicklung einer eigenständigen *afrikanischen Theologie* und Kirchlichkeit (vgl. *HK*, Februar 1978, 63 ff.) leisten zu können. Dies allerdings dürfte nicht nur von einer quantitativen Stärkung des einheimischen Klerus abhängen.

N. S.

Politische Entwicklungen

Der österreichische Katholizismus zwischen Abgrenzung und Offenheit

Ein weitreichender Konflikt zwischen eher integralistischen Strömungen im österreichischen Katholizismus und solchen Gruppierungen und Auffassungen in der Kirche, die wenigstens für eine gewisse Öffnung gegenüber ande-

ren weltanschaulichen Überzeugungen der Gegenwart eintreten, zeichnet sich in Österreich immer deutlicher ab. Äußerer Anlaß und Ausgangspunkt dieses Konfliktes war und ist die Sorge, daß die Kirche in Österreich gesell-

schaftspolitisch nicht geschlossen genug auftritt und daß daher Gremien geschaffen werden sollten, die die politischen Vorgänge und Entwicklungen ständig beobachten und sich im Namen der Katholiken zu weltanschaulich bedeutsamen politischen Fragen rasch und wirksam äußern können.

Nationalkomitee oder „Synodaler Vorgang“?

Diese Überlegungen bewogen die Katholische Männerbewegung Österreichs schon vor zwei Jahren, bei ihrer Delegiertentagung im Frühjahr 1976, zu der Forderung, in Zusammenarbeit mit anderen katholischen Vereinigungen auf Diözesan- und Bundesebene derartige Gremien einzurichten. Tatsächlich entstand in der Folge ein Kontaktgremium interessierter Vereinigungen, das aber kaum in irgendeiner Weise wirksam wurde. In diesem von manchen engagierten Katholiken als nicht befriedigend empfundenen Zustand schlug vor einem Jahr der Generaldirektor des katholischen Styria-Verlages in Graz, Hanns Saßmann, in einem Interview vor, man solle in Österreich ein „Nationalkomitee österreichischer Katholiken“ bilden – nach dem Beispiel des deutschen Zentralkomitees, ohne dessen Struktur zu kopieren.

In erster Linie gehe es darum, so meinte Saßmann, dem „Dilettieren im Kontakt zwischen Kirche und Politik ein Ende zu setzen“ und „aus eigener Kompetenz als öffentlich wirksame Kraft“ aufzutreten.

Kaum jemand konnte voraussehen, daß dieser Vorschlag ein *auffallend breites Interesse* bei verschiedenen katholischen Gremien und Gruppen finden würde. So befürwortete der Wiener Priesterrat ebenso ein solches „Nationalkomitee“ wie der Obmann der Katholischen Männerbewegung in Oberösterreich, der in der Mitgliederzeitung dieser Organisation schrieb, die Position, die das Zentralkomitee Deutscher Katholiken in der Bundesrepublik als „qualifiziertes Sprachrohr des Katholizismus“ wahrnehme, werde in diesem Umfang in Österreich von keiner katholischen Gruppierung wahrgenommen.

Dieser Auffassung stand die Meinung von Kritikern entgegen, die das Zentralkomitee Deutscher Katholiken keineswegs als taugliches Beispiel betrachten und die vor allem die Legitimität dieses Komitees, im Namen deutscher Katholiken sprechen zu können, bezweifeln. So hieß es im Mitteilungsblatt der „Katholischen Sozialakademie Österreichs“ (Nr. 3/77), die *eine Stimme für alle Katholiken* könne es nicht geben, und wo sie postuliert werde, sei sie verdächtig: „Wo eine Art Parteivorstand politische Voten für ‚die‘ Katholiken abgibt, wird leicht allen jenen, die anderslautende Voten abgeben wollen, die Katholizität abgesprochen werden können. Darüber hinaus ist es nur ein kurzer Schritt von der Vorstellung vom einheitlichen Kirchenvolk als fiktiver politischer Partei zur Vorstellung einer faktischen Katholikenpartei. Und das wäre wohl das letzte, was die Kirche in Österreich brauchen könnte... Was die Kirche in Österreich braucht, sind Katholiken in

allen Parteien, die an ihrem Platz Politik aus dem Glauben heraus gestalten, in der Erkenntnis, daß es ‚die‘ christliche Lösung politischer Fragen schlechthin nicht gibt...“

Damit ist die Dimension der innerkatholischen Auseinandersetzung in Österreich angedeutet, die in den letzten Monaten an Heftigkeit noch zugenommen hat. Schon im Herbst ließ der Grazer Bischof *Johann Weber* in einer öffentlichen Diskussion erkennen, daß er keinen „vergatterten Katholizismus“ haben wolle. Auch in Diözesanräten und Gliederungen der Katholischen Aktion mehrten sich Stimmen gegen eine Lösung in der Art eines Nationalkomitees, und verschiedentlich wurden Alternativen überlegt. Ende Februar trat dann die *Frühjahrskonferenz der Katholischen Aktion Österreichs (KAÖ)* mit dem Gegenvorschlag an die Öffentlichkeit, *in regelmäßigen Abständen durch einen „Synodalen Vorgang“ für eine bessere Koordination zu sorgen*. Als Vorbild für diesen Vorschlag diente die 1974 abgeschlossene Österreich-Synode, die offiziell „Österreichischer Synodaler Vorgang“ (ÖSV) hieß, wodurch die kirchenrechtlichen Bestimmungen für Synoden nicht angewendet werden mußten.

In der Begründung des Alternativ-Vorschlages der KAÖ erklärte der Präsident der Katholischen Aktion Österreichs, *Eduard Ploier*, damit wolle man die Bestrebungen zur Bildung eines Nationalkomitees nicht unterlaufen, sie aber auf eine neue Basis stellen. Vorteilhafter als ein Nationalkomitee, das erstens über einen gut eingespielten und kostenintensiven Apparat verfügen und zweitens doch vor jedem Beschluß erst die Zustimmung der Bischöfe einholen müßte, wäre eine von allen Schichten und Strömungen des österreichischen Katholizismus getragene Beratung *nach dem Modell des Österreichischen Synodalen Vorganges*, möglicherweise in Abständen von etwa 5 bis 10 Jahren, um „die jeweilige Wirklichkeit wieder einzufangen“. Die Bischofskonferenz hat in dieser Frage noch nicht entschieden. Mittlerweile formieren sich jedoch die Anhänger eines „harten Kurses“, deren Meinung in einem Beitrag der Wiener Kirchenzeitung vom 2. April gut widergespiegelt wird: „Die ‚Pluralisten‘ meinen, es gibt keinen einheitlichen Katholizismus in Österreich, sondern verschiedene ‚Katholizismen‘ ... als ob heute nicht Werte in Frage stünden, die Christen wie ein Mann verteidigen müssen, weil es dazu sehr wohl eindeutige christliche Standpunkte gibt! Und in anderen Fragen würde man sich auf eine hier und heute notwendige einheitliche Vorgangsweise einigen können. Außenseiter freilich wird es immer geben, aber die wären dann auch als Außenseiter kenntlich, die ja deswegen nicht sofort exkommuniziert werden müßten.“

Zum Vorschlag eines periodisch wiederholten „Synodalen Vorgangs“ meint die „Wiener Kirchenzeitung“, daß ein solches Forum der Meinungsbildung und Beratung der Bischöfe „vorzüglich dienen“ könnte. Zur ständigen Beobachtung weltanschaulich relevanter öffentlicher Vorgänge und zu raschen Stellungnahmen dazu käme es aber nicht: „Man sollte die Eigenständigkeit der katholischen Laien in weltlichen Belangen, die vom Konzil so stark herausgestrichen worden ist, etwas ernster nehmen, und nicht

alles auf die Bischöfe abwälzen, was bei jeder Art von ÖSV sicher der Fall wäre.“ Vielleicht wäre aber auch gar kein Nationalkomitee nach deutschem Muster notwendig, sondern nur eine Aufwertung des bestehenden Österreichischen Laienrates.

Während dieser Artikel erschien, befaßte sich in Wr. Neustadt die *Verbandsführung des Österreichischen CV* mit dem Problem des Nationalkomitees österreichischer Katholiken und begrüßte in einer Entschließung die „Schaffung eines Organs zur Vertretung der gemeinsamen Interessen aller Katholiken des Landes in gesellschaftspolitischen Fragen“. Dadurch sollen die gemeinsamen Wertvorstellungen der Katholiken Österreichs unbeschadet der Pluralität ihrer Meinungen der Öffentlichkeit bekannt werden. Der Vorschlag der Katholischen Aktion Österreichs, statt eines Nationalkomitees den „Österreichischen Synodalen Vorgang“ periodisch zu wiederholen, wird von der CV-Verbandsführung als „nicht zielführend“ abgelehnt. Damit wird von neuem eine gewisse Polarisierung zwischen *Katholischer Aktion und CV* deutlich, die schon in den Jahren nach 1945 zu zum Teil heftigen Auseinandersetzungen geführt hatte, als die Katholische Aktion mit ihrem Quasi-Monopol in sehr starkem Maß die kirchliche Entwicklung in Österreich bestimmte und für eine deutlichere Zurückhaltung der Kirche in parteipolitischen Auseinandersetzungen eintrat.

Was an Sorgen und Reaktionen dahintersteht

Die Auseinandersetzung wirft jedoch jenseits organisatorischer Probleme *grundsätzliche Fragen nach dem Selbstverständnis der österreichischen Katholiken und ihrem gesellschaftlichen Auftrag* auf. Anlaß dafür, wieso diese Debatte gerade jetzt so heftig aufbrechen konnte, ist die aktuelle politische Lage in Österreich. Die Ursachen jedoch liegen tiefer und sind auf sehr verschieden geartete innerkirchliche, politische und gesamtgesellschaftliche Entwicklungstendenzen zurückzuführen:

1. Verbreitete innerkirchliche Sorge über das zu *geringe politische Gewicht der Österreichischen Bischofskonferenz gegenüber der Öffentlichkeit* (Stellungnahmen erfolgen oft einseitig, verspätet, sie sind nicht immer mit den davon betroffenen Gruppen abgesprochen, auch nicht immer optimal formuliert, es gibt Mängel in der Interpretation gegenüber der Öffentlichkeit).
2. Die Kirche in Österreich verfügt neben der Bischofskonferenz über *kein repräsentatives Forum*. Der Vorschlag der Österreich-Synode, zumindest ein repräsentatives Beratungsgremium der Bischofskonferenz für politische und soziale Fragen einzurichten, ist von der Bischofskonferenz abgelehnt worden.
3. Zunehmendes Unbehagen vieler Katholiken in Österreich, *gesellschaftspolitisch immer mehr isoliert zu werden*. Die Fristenlösung, die 1974 von der absoluten sozialistischen Mehrheit im Österreichischen Nationalrat beschlossen wurde, wirkt als besonders folgenschweres

Trauma nach. Entscheidungen der SPÖ im Zusammenhang mit der Schulreform sowie mit dem Familien- und Eherecht verstärken dieses Unbehagen noch weiter. In der gegenwärtigen Legislaturperiode des Nationalrates soll z. B. ein Gesetzentwurf beschlossen werden, der Scheidungen auch gegen den Widerspruch des schuldlosen Ehepartners nach fünf- (oder sechs-)jähriger Trennung ermöglichen und der vermutlich mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ angenommen werden dürfte.

4. Unmut bei den Katholiken, die der ÖVP nahestehen, über die ungebrochene absolute Mehrheit der *Regierung Kreisky*, die nun schon acht Jahre im Amt ist und trotzdem nach allen Meinungsumfragen unangefochten voranliegt. Dies dürfte in erster Linie auf das Geschick des Bundeskanzlers und SPÖ-Vorsitzenden Bruno Kreisky zurückzuführen sein, der im Fall seiner vollen Leistungskraft auch bei der nächsten Nationalratswahl im Herbst 1979 nur sehr schwer aus dem Sattel zu heben sein wird. Diese Situation schafft bei vielen engagierten Katholiken ein gewisses Gefühl der Aussichtslosigkeit, des irrationalen Grimms, der in Wien besonders stark zu beobachten ist, wo – zum Unterschied zu den meisten Bundesländern – Traditionen des Austromarxismus am längsten nachwirken. Überdies läßt der Parteiapparat der Wiener SPÖ, gestützt auf die sozialistische Zweidrittelmehrheit im Gemeinderat der Bundeshauptstadt, Züge gewisser Unduldsamkeit nicht verkennen.

5. Dieser Unmut wird gerade in katholischen Kernschichten durch die *sozialistische „Umarmungspolitik“* gegenüber den christlichen Kirchen verstärkt, die offenkundig darauf abzielt, die für die SPÖ nachteiligen Folgen der Fristenlösung in katholischen Kreisen durch eine systematische Offensive des „guten Willens“ auszugleichen. So kam es zu einer spektakulär inszenierten persönlichen Einladung des Bundeskanzlers Kreisky an den Theologen *Hans Küng*, nachdem Kreisky dessen Rede in Tübingen gehört hatte. Daraufhin sprach Küng bei einer Veranstaltung des sozialistischen Renner-Instituts und nach einer persönlichen Einführung durch Kreisky in der Wiener Hofburg vor 2000 Zuhörern über die Gottesfrage. Kurz zuvor war die „Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialismus“ (ACUS) unter dem Vorsitz des Tiroler Landeshauptmann-Stellvertreters *Salcher* im Rahmen der Partei neu gegründet worden. Diese Arbeitsgemeinschaft veranstaltete im März in St. Pölten eine Tagung „Katholiken und neues SPÖ-Programm“, in deren Verlauf der erst kürzlich geweihte Wiener Weihbischof *Florian Kuntner* entschiedene Kritik in freundlicher Form äußerte. Der Programmentwurf der SPÖ soll nun in mehreren Punkten geändert werden.

Ende März wurde diese Veranstaltung für die Zielgruppe der evangelischen Christen wiederholt.

Integralistischer Grundzug?

Vor dem Hintergrund der internationalen Terrorszene und alarmierenden Phänomenen, wie ungehemmter Ab-

treibung, steigenden Scheidungsziffern, Pornographie usw., verdichtet sich bei manchen Katholiken in Österreich das Unbehagen angesichts dieser Situation, und es taucht die Versuchung auf, mit einem „Kurs der Klarheit“, mit einer „Politik der starken Hand“ die vielschichtigen und widersprüchlichen Probleme einer pluralistischen Gesellschaft lösen zu wollen. Der Ruf nach „Abgrenzung“, nach „Unterscheidung der Geister“ wird in ganz bestimmter Richtung erhoben, die Öffnung der Kirche von diesen Kreisen als verhängnisvoll und viel zu weitgehend abgelehnt, die Rückkehr zu straffer Formierung der Katholiken auch im politischen Bereich als einzige Lösung empfohlen.

Der Bundesparteiobermann der Österreichischen Volkspartei, *Josef Taus*, versuchte bereits im Frühjahr 1977 einen Vorstoß in diese Richtung, als er einen „politischen Katholizismus“ empfahl und erst später einschränkte, daß dieser „kein parteipolitischer“ sein dürfe. Die Erinnerungen an den „politischen Katholizismus“ der dreißiger Jahre einschließlich des „christlichen Ständestaates“ waren aber noch zu wach, als daß dieser Vorstoß praktische Konsequenzen gehabt hätte.

Der Vorschlag, ein Nationalkomitee zu gründen, geht methodisch andere Wege, ist aber grundsätzlich gewiß auch dem *integralistischen Grundzug* jener Strömungen im österreichischen Katholizismus zuzuordnen, die sich in den letzten Monaten immer stärker bemerkbar machten, wenn ihnen auch bisher entscheidende Durchbrüche versagt blieben. Besonders deutlich wurde dieser Hintergrund in einem Antrag der *Altherrenschaft der Wiener CV-Verbindung* „Austria“ sichtbar, die bei der nächsten gesamtösterreichischen CV-Versammlung Anfang Mai in Melk eine „Unvereinbarkeitsklausel“ für alle Mitglieder von CV-Verbindungen durchsetzen möchte. Diese „Unvereinbarkeitsklausel“ soll die Mitgliedschaft im Cartellverband (CV) und die gleichzeitige Unterstützung einer Partei, die „materialistisches, marxistisch-sozialistisches, utopisch-sozialistisches, atheistisches, agnostisches oder religionsfeindliches Gedankengut vertritt“, in Hinkunft ausschließen.

Gegen diese Klausel, die allgemein als „Anti-SPÖ-Paragraph“ aufgefaßt wird, regte sich in den letzten Wochen nicht aus Freundschaft gegenüber der SPÖ, sondern aus Sorge vor einer sterilen und bedenklichen Abkapselung immer mehr *Widerstand im CV selbst*. Zwei verschiedene, parallel laufende Unterschriftenaktionen fordern die Mitglieder des CV auf, sich „gegen alle engstirnigen Interpretationen der Cartell-Prinzipien“ zu wehren. Der Initiator der einen Unterschriftenaktion, der frühere Sekretär von Bundeskanzler Klaus und jetzige Wiener Rechtsanwalt *Michael Graff*, wirbt für ein „Manifest 1978 für Freiheit und Toleranz im CV“. In diesem Manifest heißt es, die Unterzeichner seien bestürzt und traurig über Zeichen von Intoleranz und Einseitigkeit im CV: „Wir wollen keinen CV der Eiferer und Säuberer.“ Pläne, wonach Mitglieder des CV in Hinkunft nur einer einzigen politischen Partei angehören dürfen, werden als „exzessiv“ abgelehnt: „Sicher sind die meisten von uns – vielleicht sogar alle, wir

prüfen das nicht nach – Wähler der ÖVP. Wir nehmen aber das Recht in Anspruch, auch die SPÖ oder die FPÖ für wählbar zu halten.“

In dem Manifest heißt es weiter, daß die Festlegung des Cartellverbandes gegen die Satzungen des CV verstoße: „Unser wahrer Gegner ist der ethische Materialismus, der auch in dem uns nächststehenden politischen Lager anzutreffen ist. Sein Bereich läßt sich nicht parteipolitisch abgrenzen.“ Das Manifest, das mit dem Aufruf an alle CVer schließt, für Freiheit und Toleranz im Cartellverband einzutreten, wurde mittlerweile von Äbten, Universitätsprofessoren, Journalisten usw. unterschrieben.

Die zweite Unterschriftenaktion, die gegen die beabsichtigte „Unvereinbarkeitsklausel“ angelauten ist, hat einen viel kürzeren Text zur Grundlage. In diesem Text wird ausgeführt, daß „die Auseinandersetzung mit anderen Meinungen, Gruppen und Parteien nicht durch defensive Abgrenzung und Ausschlußdrohung geführt werden darf, sondern durch offensive und positive Vertretung unserer Grundsätze und Grundwerte erfolgen muß. Hiezu ist eine gelassene Atmosphäre der Offenheit und Toleranz erforderlich.“ Prominentester Unterzeichner dieser Erklärung ist bemerkenswerterweise VP-Bundesobmann *Taus*. Unterschrieben haben aber auch bereits zahlreiche Universitätsprofessoren, der Generalvikar der Diözese Graz-Sekau, hohe Beamte usw.

Rettung in der „acies ordinata“

Alle diese einzelnen Vorkommnisse sind, für sich genommen, nicht allzu gravierend. Zusammengenommen ergeben sie aber doch das Bild eines innerkirchlich recht heftig geführten Richtungskampfes, in dem um eine Antwort auf grundlegende Fragen gerungen wird: Wie wirkt die Kirche in einer Gesellschaft, in der sie über keinen „weltlichen Arm“ mehr verfügt, und die in zunehmendem Maß von Merkmalen fortschreitender Säkularisierung und agnostischer Denkweisen geprägt wird? Wie setzt die Kirche in einer so verfaßten Gesellschaft ihre Überzeugungen und Grundwerte in die politische und soziale Wirklichkeit um? Liegt ihre künftige Chance wirklich in einer Abgrenzung nach außen, in einer neuen Formierung nach dem Bild der „acies ordinata“, oder kann der vom Zweiten Vatikanischen Konzil begonnene Prozeß der Zuwendung zu den Problemen der Welt glaubwürdig, realistisch und ohne Preisgabe von Glaubenskraft beharrlich fortgesetzt werden?

Die nächsten Monate in Österreich werden zeigen, ob Kurskorrekturen im Weg des österreichischen Katholizismus sichtbar werden. Schon jetzt zeigt sich aber, daß die ärgsten Gefahren nicht durch Bedrohungen von außen kommen, sondern durch eine nicht zu übersehende innere Verunsicherung, die sich daraus ergibt, daß das vom Zweiten Vatikanischen Konzil so stark in Erinnerung gerufene Bild einer den Sorgen, Freuden und Ängsten des Menschen geöffneten Kirche selbst in katholischen Kernschichten noch immer nicht hinreichend aufgearbeitet und rezipiert worden ist.

Fritz Csoklich